

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 7.00, vierteljährlich 21.00
frei ins Haus geliefert: durch die Post bezogen im
innerdeutschen Verkehr Mk. 22.50 einschließlich Post-
bestellgeld.

Anzeigenpreis: die einspaltige Petitzeile oder deren
Raum 1 Mk., auswärts 1.20 Mk., Reklamezeilen
Mk. 3.00, bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt: Verlag und Schriftleitung: Eb. Gad in Wildbad.

Nummer 204

Februar 179

Wildbad, Donnerstag den 15. Dezember 1921

Februar 179

55 Jahrgang

Sagespiegel.

Der Reichstagsabgeordnete Dr. Pfeiffer (Str.) ist, wie die „Berliner Zeitung“ hört, als Nachfolger des Baron Rosenbergs zum deutschen Gesandten in Wien anberufen worden.

Nach einer Mitteilung der bayerischen Regierung wird in den nächsten Monaten dem Landtag ein Eedlandgesetz zugehen, das die Schaffung von Eedlandgenossenschaften zur Kultivierung von Privatmooren und Eedländereien, sowie die Schaffung eines Zwangsenteignungsrechts gegen solche Besitzer bezweckt, die sich weigern, Eedlandgenossenschaften beizutreten, oder ihren Besitz durch den Staat kultivieren zu lassen.

Der französische Vertreter auf der Washingtoner Konferenz, Viviani, hat die Heimreise angetreten.

Die Abrüstungskonferenz hat das Nobel Monado-Jay Holland zugesprochen.

Die Lage in Ägypten ist gespannt. Der Ministerpräsident ist zurückgetreten. Seine Anhänger veröffentlichten einen Aufruf, daß kein Ägypter zu einer neuen Regierung die Hand bieten sollte, die Verantwortung müsse dem englischen Kaiser überlassen werden. In einzelnen Städten sind unter Führung der Studenten Unruhen ausgebrochen. Die Ägypter verlangen, daß alle englischen Truppen entfernt werden, daß der englische Vertreter in Ägypten keine Vorrechte vor den Vertretern anderer fremden Staaten haben soll und daß das ägyptische Finanzwesen von der fremden Ueberwachung befreit werde.

Der Genius des Rheins.

In den vorzüglichen schweizerischen Monatsheften für Politik und Kultur wird das neueste Buch von Moritz Barred, dem französischen Nationalisten, „Le Génie du Rhin“ behandelt. Wir haben allen Grund, auf diese Ausführungen zu achten. Vom Rhein her kommen merkwürdige Stimmen. Man weiß auch, daß der Bankier Baruch in Newyork jüngst geraten hat, Frankreich möge sich doch die Rheingrenze endgültig sichern. Der Kampf ums Rheinland beginnt aufs allerschärfste.

Das starke Selbstgefühl des Herrn Barred ist bekannt. Er kämpft für französische Welt Herrschaft im ausgebreitetsten Maß. Nun hat er die Vorträge herausgegeben, die er in Straßburg hielt, um von dort aus die Rheinlande zu beeinflussen. Des Elfsch sieht er sich sicher. Dem Rheinland gegenüber müsse man aber vorsichtig sein. Darum wünscht er natürlich im Grund seines Herzens möglichst klare Anexionen. Aber er warnt Klugerweise vor „überstürzter Ausgleitung“. In schamloser Weise läßt dieser „Historiker“, daß man „gerade im Herzen des Elfsch, in Straßburg, nicht davon reden dürfe, die Angherung eines Volks gegen seinen Willen ins Auge zu fassen“ — als ob es kein Jahr 1681 in der Geschichte gäbe — ein Jahr, das wir Deutsche französischer Raubacht nie vergessen. Also auf Grund „freier Selbstbestimmung“ heißt Barred die Rheinländer für Frankreich zu gewinnen.

Er erinnert zu dem Zweck an die „ganz verworrene und überquellende deutsche Sentimentalität“, die „am Rhein“ zu Hause sei. Nur der „nebelhaften nordischen Wahnsinnigkeit“ sei es zuzuschreiben, daß sich daneben „in der „Rölnischen Zeitung“ das Alldeutschum breit gemacht“ hat — ein Urteil, worüber mancher deutsche Rheinländer schmunzeln wird. Nun wird der Rhein gelobt als der lichte Stern, welcher „goldene Kiesel wälzt“, als der Schöpfer einer „klaren Sagenwelt“, als Herberge „römischer Bauherren, christlicher Apostel, großer fränkischer Fürsten“. Die römische Vorlese sei das Sinnbild der Selbstherrschung und die alldeutsche Vorlese das der Wahnsinnigkeit. So wird beides erreicht: die Aufstachelung der französischen Eier nach diesem goldenen Land, das der Hauptzweck sein dürfte — und zugleich die Einschärfung in das römische Gemüt gegen Preußen, um es herüberzuziehen zu der Nation, die seinen Pulsschlag wahrhaft versteht.

Aber Herr Barred legt seine Karten offen. Die preussische Ueberorganisation in der Rheinländer unerträglich. Mit Recht jage der Rektor der Rölnischen Universität: „Wir haben die Seele verloren“. Den „in-

tmen, menschlich n, individuellen Einfluß“ verbürgt natürlich nur Frankreich. Selbst der deutsche katholische Caritasverband sei nur ein bürokratischer Apparat der Frömmigkeit; ihm fehle die so schöne innere Wärme, wie sie Frankreich einfach n könne. „Was vermindert sich in der deutschen treuen Ordnung der Caritas? Die Entwicklung des menschlich n Weisens!“ Die Rheinländer, seien in der preussischen Kultur ein ärmlich s Nahrungsmittel der Seele. Die großen industriellen Vermögen, verjümblicht durch Thyssen und Stinnes, seien ihnen nicht mehr ben idenswert. Sie haben andere Bedürfnisse der Seele! „Frankreich muß die Rheinländer bewegen, ein geistig s und soziales Ideal zu verkörpern, das sie für immer von dem Berliner Germanismus trennt und in enge Verbindung mit der latinischen Kultur bringt“. Der große französische Plan ist also, am Rhein in den abendländischen Geist zu begünstigen. „Rheinland ist ja in Wahrheit nur die Diktatur Frankreichs“. „Frankreich interessiert sich nur darum für das Rheinland, um seinen fruchtbaren Boden zu bebauen“. Kann man noch gemeiner seine Ländergier huchlerisch verschlei ren? Da war Napoleon doch noch ein anständiger Mann. Der nahm die Länder ohne weiteres, aber verzichtete auf all solchen ästhetisierenden Beiwerk! Gerade Frankreich wolle, sagt Barred, „die römischen Baudenkmäler in liebend s Pflege nehmen, für welche Deutschland doch nichts tue“. Wehrlos wird es einen eigenen Geschichtskalender erfinden über die Entziehung der Ruinen in der Pfalz, die es wohl besonders plegen will!

Auch die christlichen Gewerkschaften werden eine Gnade vor Herrn Barred. „Der selbstherrliche Franke Siegerwald“, so schreibt Barred, „leitete sie „in hartem Bau“ und schloß sie immer erneut Bündnisse mit den Industrieharonen. Aber er versteht eben nichts von der Seele des Arbeiters. Preußen und Rheinland unterscheiden sich ja auch darin wesentlich, daß Rheinland in seiner Bevölkerung eine „Mäßigkeit zeige, welche der unseren benachbart ist...“

Das sind nur wenig Proben dieses geistigen Angriffs auf die Rheinländer. Wir machen noch in später Stunde darauf aufm rksam. Denn die Wählerreien im Westen sind mächtiger als manche minen. Man hat im Krieg sich von der geistigen Diktatur der Finde unterwühlen lassen. Man hüte sich jetzt davon und nehme solche Bücher so ernst wie nur möglich! Ein Mann soll am Rhein wieder laut werden: Ernst Moritz Arndt. Jetzt ist seine Zeit neu gekommen. „Der Rhein Deutschlands Strom, nicht seine Grenze“. Vom alten Zoll in Bonn aus redet er im Geist zu allen Deutschen und fragt sie nur das Eine: „Wollt ihr Verräter sein oder Deutsche.“ Jedes tausend der Bücher von Barred erwidere man von deutscher Seite mit hunderttausend Flugschriften aus dem Schatz von Ernst Moritz Arndt.

Geäußerte Hoffnungen?

Berlin, 14. Dez. Gestern nachmittag erstattete Rathenau dem Reichskabinett Bericht über die Verhandlungen in London, woran sich eine lange Aussprache schloß. Außerdem wurde über den im Reichswirtschaftsrat beratenen Plan der Gründung einer Kreditvereinigung des gesamten deutschen Gewerbes zur Unterstützung der Ultimatumserfüllung (Antrea-Hafenburg) gesprochen. Die Sitzung dauerte bis zum Abend, weshalb der Reichskanzler verhindert war, die beabsichtigte Erklärung im Reichswirtschaftsrat abzugeben.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat die Reichsregierung ihre auf die Londoner Reise Rathenau gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt gesehen. Das Londoner Ultimatum wird vom Verband durchaus aufrecht erhalten, insbesondere ist die nächste Zahlung von 500 Millionen Goldmark am Pflügtag, dem 15. Januar, unbedingt zu entrichten. Von einem „Moratorium“ wird nicht mehr gesprochen und auch die langfristige Anleihe wird von den feindlichen Mächten abgelehnt. Wenn der Verband zu gewissen Erleichterungen bereit ist, so geschieht es nur zu dem Zweck, daß das Londoner Ultimatum erfüllt werde. Rathenau mußte, soviel bekannt wurde, feststellen, daß der französische Einfluß in London stark gestiegen sei. Eine größere Anleihe könne nach englischer Meinung erst in Frage kommen, wenn die deutschen Reichsfinanzen wieder in Ordnung gebracht, der Notenumlauf eingeschränkt und die Zahl der Beamten und Staatsangehörigen vermindert seien.

Die Reichsregierung wird nun Maßnahmen errei-

fen, um das Geld für die Januarzahlung wieder aufzubringen. Eine gewisse Handhabe bietet die Bereitwilligkeit der Industrie, für eine auswärtige Anleihe die nötigen Sicherheiten aufzubringen, es ist aber noch unsicher, ob die fremden Geldgeber daraufhin eine größere Anleihe zu geben bereit sind. Entscheidend dürfte sein, welche Bedingungen von den Verhandlungsmächten gestellt werden, denn von diesen Bedingungen dürfte auch mittelbar die Kreditwürdigkeit der Industrie abhängig sein.

Die Reichsregierung hofft die 500 Millionen Goldmark aufreiben zu können, vorausichtlich unter Heranziehung des Goldschatzes der Reichsbank.

Die Londoner „Morning Post“ meinet, englische Banken seien zu einer kurzfristigen Anleihe an Deutschland bereit. Die englische Regierung lehne die Beteiligung ab.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bestreitet die Blättermeldung, daß Stinnes nach einem Mißerfolg Dr. Rathenau wiederum nach England reisen wolle.

Berlin, 14. Dez. Reichsbankpräsident Havenstein ist mit der Niederländischen Bank wegen Errichtung eines Kontos der Reichsbank bei der Niederländischen Bank in Verhandlungen getreten.

Reichstags.

Berlin, 13. Dez.

Anfragen.

(Schluß.) Auf Anfrage der Frau Dr. Lüders (Dem.) über die Ausschreitungen der farbigen und weißen französischen Soldaten im besetzten Gebiet und wegen der unerträglichen Höhe der Quartierlasten erwidert ein Regierungvertreter, daß die Vorstellungen gegen die Uebergriffe der Besatzungstruppen bisher erfolglos gewesen seien.

Auf den erreichte eine Mitteilung des Abg. Findeisen (D. B.), wonach erheblich Mengen von Kleidungsstücken von amtlicher Seite ins Ausland verschleudert worden sind. Es handelt sich u. a. um 45 000 Frauenmäntel zu 76.45 Mk., 53 000 Frauenjacken zu 30 Mk. und 15 000 Herrenkuster zu 75 Mk. Verkauf. Ein Reichsvertreter stellte unter allgemeiner Unruhe die Behauptung auf, diese Kleidungsstücke seien im Inland nicht absetzbar gewesen. (12)

Auf Anfrage der Abg. Dr. Philipp u. Gen. (D. Natl.) über die Absicht, die sämtlichen Provinzämter des Reichs an eine private Handelsgesellschaft abzutreten, wird regierungsmäßig erwidert, daß Verhandlungen mit einem Konsortium schweden wegen einheitlicher Verwaltung sämtlicher Ämter.

Der Entwurf über Änderung der Verordnung über Vohspändung, der die Pspändungsgrenze der Vohnempfangener auf 8000 Mark rückt, wird in allen drei Lesungen angenommen, ebenso das Gesetz über Änderung des Börsengesetzes.

Zur Anfrage Stresemann über die Vorkommnisse in der Pfalz schildert Abg. Moldenhauer (D. B.) die Kundgebung n radikaler Elemente in Speyer am 31. August und 8. September, die auf den Sturz der bayerischen Behörden abzielten und zum Sturm auf Rathaus und Regierungsgebäude führten. Das Verhalten des französischen Generals de Metz und seiner Offiziere ließen erkennen, daß die Vorfälle sich der wohlwollenden Förderung der Franzosen errei en. Wie will uns die Regierung gegen solche Vergeal tungen schützen? Wie will sie die Welt aufklären über den einzigen Störenfried in Europa, über Frankreich?

Minister Köster: Es sind hier zwei los Kräfte am Werk, um den Zusammenhang der Pfalz mit Bayern zu lockern. Wir haben bei der Rheinlandkommission Protest erhoben. Frankreich hat die Macht der Majorität und „Sanktion n“. Wir haben nur unser Recht und die Treue unserer Bürger. Eine deutsch-französische Vereinbarung ist die Vorbedingung für eine Gesundung Europas. Au hören müssen die allfälligen Inzifikationen an die französischen Beamten, aufhören müssen die militärischen Maßnahmen, aufhören die schwarze Schmach.

Abg. Hoffmann-Kaiserslautern (Soz.): Die Verbindung der Kommunisten mit den Franzosen sei sicher. Die bayerische Regierung treffe aber selbst ein großer Teil die Schuld, weil sie der Forderung der Arbeiter, die Fürstentümer aus den Amtsgebäuden zu entfernen, nicht entsprochen habe.

Abg. Hoffmann-Ludwigshafen (Str.): In der Pfalz

Nicht die Regierung auf die Arbeiterschaft. Für die Wahrung des Deutschtums sorgen wir selbst. Aber wir fordern von der Regierung, daß sie endlich einmal dafür Sorge, daß die mit den Mächten getroffenen Abmachungen auch tatsächlich eingehalten werden.

Nächste Sitzung morgen nachmittags 2 Uhr.

Erhöhung der Einkünfte des Reichspräsidenten.
Berlin, 14. Dez. Im Hauptausschuß des Reichstags beantragte beim Haushalt des Reichspräsidenten der Abg. Klüber (Ztr.) die Erhöhung des Gehalts auf 300 000 und der Aufwandselder auf 400 000 M. Der Ausschuß beschloß demgemäß.

Mathieus Wiedertritt in die Regierung.
Berlin, 14. Dez. Die „Berl. Rtg.“ schreibt: Als ein Anzeichen für irgendwelche „positive“ Ergebnisse der Londoner Reise Mathieus kann die Nachricht gewertet werden, daß Mathieu schon in der nächsten Zeit wieder als Minister in die Regierung eintreten wird.

Die Entschädigungsforderung für Oberschlesien.
Berlin, 14. Dez. Die deutsche Regierung hat am 13. Dezember durch die deutsche Botschaft in Paris der Vorkonferenz eine Note übergeben, in der die verbündeten Mächte ersucht werden, eine baldige Regulierung derjenigen Schäden herbeizuführen, die während der Besatzungszeit in Oberschlesien durch die verschiedenen polnischen Aufstände entstanden sind. In der Note wird die Erwartung ausgesprochen, daß von Seiten des Obersten Rates nimmere umgehend Maßnahmen getroffen werden, um den geschädigten Deutschen vollen Ersatz für die erlittenen Verluste zuteil werden zu lassen. (Der Gesamtschaden wurde auf 3 Milliarden deutsche Mark geschätzt.)

Gegen die Heberhannung der Kohlensteuer.
Berlin, 14. Dez. Im Reichsrat wurde die Einsetzung eines kleinen Ausschusses beschlossen, um mit der Regierung über die Frage der Verteilung der Kohlen zu verhandeln. Nachdem Dr. Silberberg dringend vor einer Heberhannung der Kohlensteuer gewarnt hatte, wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, in der der Reichsrat eine 30 Prozent übersteigende Kohlensteuer als eine für das deutsche Wirtschaftsleben zur Zeit unerträgliche Belastung erklärt und entschieden Widerspruch erhebt gegen die beabsichtigte Ausschaltung der maßgebenden Mitwirkung des Reichsrates bei der künftigen Durchführung des Kohlensteuergesetzes.

Weitere Herabsetzung des Margarinepreises.
Berlin, 14. Dez. Auf Vorschlag der Preiskommission des Margarineverbands sind die Preise weiter herabgesetzt worden. Sie stellen sich für Ware, die vom 14. Dezember ab Lager geliefert wird, für die verschiedenen Sorten auf 21 bis 27 Mark. Diese Preise sind Kleinhandelspreise für gefasste Ware, zu denen noch die üblichen Handelszuschläge kommen.

Prozess Jagow und Genossen.
Leipzig, 14. Dez. Im Jagow-Prozess wurde heute nachmittag die Feingebühnen beendet und die Beweisaufnahme abgeschlossen. Der Präsident verwies die Angeklagten darauf, daß statt Teilnahme eventuell nur Beihilfe zum Hochverrat in Frage kommen kann, unter Umständen auch Amtsanmaßung und zwar entweder selbständig oder in rechtlicher Verbindung mit Hochverrat. — Am Freitag Vormittag beginnen die Reden des Staatsanwalts und der Verteidiger.

Beschlagnahme des braunschweigischen Kammerrents.
Braunschweig, 14. Dez. Bei der Beratung des Verfassungsentwurfs stimmte die Mehrheit der Landesversammlung einer Erklärung des Staatsministeriums zu, daß das gesamte Kammerrent nicht Eigentum des vormaligen Herzoghauses ist, sondern dem Staat gehört.

Hundert Tote bei einem Bombenanschlag in Urad.
Berlin, 14. Dez. Einer Meldung aus Bukarest zufolge wurde auf das Palais der Affecoranzbe Generali in Urad eine Bombe geworfen. Das Gebäude wurde völlig zerstört und etwa 100 Soldaten getötet. Einzelheiten fehlen noch.

Die Stollenfrage noch nicht geklärt.
London, 14. Dez. Aus Washington wird gemeldet, daß noch große Besprechungen nötig seien, bevor Ja-

pan's Stellungnahme in der Frage der Stollenverhältniszahlen bekanntgegeben werden könnte.

Peruanisch-chilenischer Streit.
Lima, 14. Dez. (Havas.) Wie die „Nacion“ aus La Paz meldet, überschritten peruanische Truppen die Grenze von Chile.

Antrag zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes.
Berlin, 14. Dez. Wie die „Voss. Rtg.“ mitteilt, haben die Zentrumsfraktion und die Fraktion der Bayerischen Volkspartei im Reichstag einen Antrag zur Aenderung des Einkommensteuergesetzes eingebracht, dem zufolge die Grenze, bis zu der die Steuer 10 Prozent des steuerbaren Einkommens beträgt, mit Rücksicht auf die starke Verminderung der Kaufkraft des Geldes von 24 000 auf 40 000 M. erhöht werden soll. Auch für die darauf folgenden Einkommensbeträge sieht der Entwurf eine beträchtliche Herabsetzung des Steuerfußes vor. Die Ermäßigungen für den Steuerpflichtigen und die Ehefrau sollen verdoppelt, aber nur bei Einkommen bis zu 40 000 M. gewährt werden. Die Kinderermäßigung dagegen soll bis zu einem Einkommen von 100 000 M. bestehen bleiben. Zugunsten der Rentner ist eine stärkere Anrechnung der Kapitalertragssteuer auf die Einkommensteuer vorgesehen.

Berlin, 14. Dez. Dem Reichstag ist laut „Voss. Rtg.“ der Entwurf eines Gesetzes über die Kürzung der Ruhegehälter und Wartegelder durch den Versorgungsberichtigten zugegangen, der ein Einkommen aus gewinnbringender Beschäftigung außerhalb des Reichs- oder Staatsdienstes bezieht. Der Entwurf sieht vor, daß bei pensionierten Beamten, Offizierspensionären und ehemaligen Kavitalanten, wenn sie außerhalb des Reichs- oder Staatsdienstes mehr als 10 000 M. verdienen, das Recht auf den Bezug des Teuerungszuschlags und nach dessen Wegfall auf den Bezug des Zuschusses von Ruhegehalt und Wartegeld bis zur Höhe von 50 Prozent des 10 000 M. übersteigenden Betrags ruht.

Politische Ordensverleihung.
Budapest, 14. Dez. Wie verlautet, hat der englische Gesandte dem Erzherzog Josef den englischen Viktoria-Orden überreicht.

Das Honved-Heer.
Budapest, 14. Dez. Die Nationalversammlung hat den Gesetzentwurf angenommen, nach dem das ungarische Heer auf 36 000 Mann herabgesetzt und die allgemeine Wehrpflicht abgeschafft wird.

Briand für Wiederherstellung der amtlichen Beziehungen zum Vatikan.
Paris, 14. Dez. Im Senat erklärte Ministerpräsident Briand, in Elsaß-Lothringen bestünde eine konfessionelle Verwaltung, das verpflichtete die Regierung, Fühlung mit dem Papst zu nehmen. Als er Ministerpräsident geworden sei, habe er die Notwendigkeit erkannt, daß Frankreich in Rom nicht abwesend sein dürfe. Man habe keinerlei Zugeständnisse machen müssen. Beim Vatikan seien alle Nationen vertreten. Wenn Frankreich fern bliebe, würde sein Einfluß eine schwere Einbuße erleiden. Es handle sich nicht um die Abschaffung der Laiengesetze. Wenn man in der Wiederherstellung der Beziehungen zum Vatikan Vorteile für die äußere Politik finde, dann werde man sie auch für die innere Politik finden.

Das Brüsseler Finanzabkommen.
Brüssel, 14. Dez. Aus der Besprechung des belgischen Ministerpräsidenten Theunis mit dem französischen Wiederaufbauminister Loucheur verlautet, daß Belaten zusagte, gegen das Frankreich begünstigende Wiesbadener Abkommen keine Einwendungen mehr zu erheben, wenn Frankreich die belgischen Vorrechte auf die ersten Ultimatumzahlungen in Höhe von 2 Milliarden gemäß dem Abkommen vom 13. August d. J. beständige. England soll bereit sein, von den ihm als Vorrecht zustehenden 450 Millionen Goldmark für Befreiungskosten Zugeständnisse an Frankreich zu machen.

Japan räumt Sibirien nicht.
Berlin, 14. Dez. Wie der „Nedyl Mir“ mitteilt, hat der japanische Vorkonferenzrat den Beschluß, die 8. Division nach Vladivostok zu schicken, gutgeheißen. Nach der Ansicht des Staats kommt dieser Beschluß einer Hinausschiebung der Räumung Sibiriens auf unbestimmte Zeit gleich.

ep. Stuttgart, 14. Dez. (Deutsch-Evang. Kirchenbund.) Nachdem der Deutsch-Evang. Kirchentag diesen Herbst in Stuttgart den Entwurf der Kirchenbundesverfassung angenommen hat, ist es nun Sache der einzelnen evang. Landeskirchen in Deutschland, dem Bunde förmlich beizutreten. Die Schleswig-Holsteinische Synode, die am 5. Dez. in Rendsburg ihre Tagung eröffnet hat, hat den Beitritt der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche erklärt. Ueber den Beitritt der württembergischen Landeskirche wird bei der Ende Januar oder Anfang Februar stattfindenden Tagung der Landeskirchenversammlung Beschluß gefaßt.

Stuttgart, 14. Dez. (Siedlungs-Ausstellung.) Die Siedlungsausstellung in der Gewerbehalle ist nur noch in dieser Woche geöffnet. Am Freitag nachmittag findet für die Abgeordneten des Landtags eine besondere Führung durch die Ausstellung statt.

Leonberg, 14. Dez. (Schäden kann fehlen.) Der Gemeinderat hat kürzlich mit 9 gegen 8 Stimmen beschlossen, ein Angebot auf 1000 Festmeter städt. Langholz mit 400 Prozent Zuschlag auf die neue Forstare nicht anzunehmen, sondern das Holz im öffentlichen Aufstreich zu verkaufen. Beim Verkauf am Dienstag hatte aber die Stadt eine Mindereinnahme von etwa 300 000 Mark gegenüber dem privaten Angebot vor 8 Tagen.

Leutheim, 14. Dez. (Schäden kann fehlen.) Im Anbau des oberen Schulhauses, dem früheren Gasthaus zum „Baldhorn“, brach am Sonntag Feuer aus, und legte das Gebäude in Asche. Der Schaden ist beträchtlich, da die Schuleinrichtung und auch Lehrmittel vernichtet wurden.

Freudenstadt, 14. Dez. (Schenkungen.) Für die Notleidenden der Stadt hat der Kurverein 15 000 M. zur Verfügung gestellt. Außerdem wurden 10 000 M. für die Gemeindepflichter bewilligt.

Eine Versammlung führte Beschwerde über den schlechten Fortgang der Arbeiten am Bahnbau Klosterreichenbach-Forbach. Die württ. Regierung wurde aufgefordert, für Beschleunigung der Arbeiten besorgt zu sein.

Reutlingen, 14. Dez. (Mittelstandsnothilfe.) Zur Mittelstandsnothilfe wurden bis jetzt in Stadt und Bezirk Reutlingen etwa 300 000 M. erammelt; in Reutlingen-Stadt all. in 218 000 M., der Bezirk brachte etwa 82 000 M. auf.

Kalen, 14. Dez. (5 Einwohner zu wenig.) Das Einrückden unseres Oberbürgermeisters in Gruppe 13 der Wahlordnung war von Kreisregierung und Ministerium beanstandet worden, da Kalen bei der letzten Volkszählung nur 11 995 Einwohner zählte statt der verlangten 12 000. Der Gemeinderat blieb jedoch bei seinem ersten Beschluß, womit vermutlich die Einrückung gewährleistet sein wird.

Ulm a. D., 14. Dez. (Grippe-Erkrankungen.) Von ärztlicher Seite wird dem „Schwab. Volksboten“ mitgeteilt: In den letzten Wochen sind unter der Bevölkerung der beiden Städte Ulm und Neu-Ulm Grippe-Erkrankungen in gehäufteter Form aufgetreten, die durch das Hinzutreten von Lungenentzündungen und anderen Folgekrankheiten in vereinzelten Fällen zum Tode führten. Die Krankheit hat den Charakter einer Influenza. Grund zur Beunruhigung ist nicht gegeben. Zur Vorbeugung wird größte Reinlichkeit in den Wohnungen, Vermieden des trockenen Kehrens der Fußböden, leibliche Lüftung der Wohn- und Geschäftsräume, Vermeiden von Besuchen bei Kranken und Krankheitsverdächtigen empfohlen. Bei Erkrankung, besonders mit Fieber, ist sofortige Bettruhe und Verziehung eines Arztes zu raten. In der Regel läuft die Erkrankung in wenigen Tagen ab. Von ihr werden alle Altersklassen ergriffen.

Ulm, 14. Dez. (Hinrichtung.) Der zum Tode verurteilte Bauer Johann Egel von Weilsheim u. T. ist heute früh 7 1/2 Uhr hingrichtet worden.

Laupheim, 14. Dez. (Getreideablieferung.) Das Oberamt fordert die Landwirte des Bezirks auf, das Ablieferungsmaß an Getreide längstens bis 31. Dezember

Die Wirtin „3. goldenen Lamm“.
Kriminalroman von Otto Böker.
23. (Nadruk verboten.)
Die Befragte gab keine Antwort; aber ihr Blick hing mit solch verzweifelter, gequältem Ausdruck eben an des Gatten Angesicht, daß Martini immer stutziger wurde. „Es wird wohl am besten sein, wir lassen Frau Bindewald herbeirufen, entschied er nach kurzem Nachdenken.
In diesem Moment kam wieder Leben in die wie versteinerte Gestalt der jungen Frau; sie machte eine wilde Schreckgebärde. „Ich will die Frau nicht sehen — nein, nein! Sie soll nicht kommen!“ schrie sie, und als der Amtsrat, ohne auf ihre Einwendung zu achten, dem einen Gendarm einen diesbezüglichen Auftrag erteilte, trat sie mit einer Miene unfassbarer Verflörung an ihn heran und hob stehend die gefalteten Hände auf. „Ersparen Sie mir eine solche Begegnung!“ schrie sie. „Ich kann und will die Frau nicht sehen — Sie können nicht wissen, was Sie mir antun, bringen Sie sie nicht hierher!“
Martini maß sie mit einem durchdringenden Blick. „So sehr fürchten Sie den Anblick Ihrer eigenen Mutter?“ fragte er schneidend scharf.
Ein Bestand entrang sich den Lippen der jungen Frau. „Mutter!“ kam es schrill von ihren Lippen. „Ich habe keine Mutter... aber Sie haben kein Recht, mich zu quälen!“
Der Amtsrat gab ihre keine Antwort; er hatte die Geldscheine wieder vorgenommen und sie aufmerksam durch die Lupe betrachtet; nun nickte er schweigend mit dem Kopfe und wandte sich unbarmherzig wie zu dem Ehepaar. Dabei entging ihm nicht, wie die junge Frau eben unter einem vorwurfsvollen Blick ihres Mannes wie schuldbehaftet den Kopf hängen ließ. „Genug des Versteckspiels!“ sagte er scharf. „Diese

Banknoten hier sind von dem Gastwirt Bindewald gezeichnet worden, er trug sie gestern mit anderen zusammen in einer Brieftasche. Diese Tasche ist leer auf der Landstraße unweit vom Dorfe hier aufgefunden und Bindewald selbst ich am gestrigen Spätnachmittag beraubt und offenbar ermordet worden.“ Er schaute den Krämer scharf an. „Werden Sie mir nun gestehen, woher Sie diese Geldscheine erhalten haben — ja oder nein?“
Bei dieser Eröffnung war die Frau schreckhaft zusammengesunken; anders der Mann. Dieser schaute den Amtsrat nur stutzig an, als begreife er dessen Rede nicht. Dann lachte er kurz auf. „Nun treiben Sie wohl gar Scherz mit uns“, rief er. „Wer soll ich den Bindewald ermordet haben? Wohl gar ich? Nein. Herr Amtsrat, damit haben Sie kein Glück. Der Bindewald ist so lebendig wie wir beide auch — wenigstens heute noch. Es schlug gerade eins vom Turm, da habe ich ihn selbst gesehen, wie er in sein Hausgrundstück drunten in Neustadt getreten ist.“
„So räumen Sie ein, heute nacht in Neustadt gewesen zu sein?“ fragte Martini allsogleich.
Jungnickel nickte. „Warum soll ich's denn nicht sagen,“ meinte er, wie entschuldigend, dabei seine bleich gewordene Frau anblickend. „Jawohl, ich war in Neustadt, und dies nur in der Absicht, mit dem Wammwirt zusammenzukommen.“
„Und was wollten Sie zu solch ungewöhnlicher Zeit von dem Wamm?“
„Was ich von ihm wollte?“ fragte Jungnickel gedehnt zurück. Er kam nicht weiter, denn schluchzend warf sich ihm seine Frau an den Hals.
„Sag' es nicht, du weißt doch darum!“ schrie sie auf.
„Aber denken, wie kann ich schweigen, wo es doch um den Krager geht,“ wendete der Krämer betroffen ein.

„Nein, sag' es nicht... heute noch nicht — wenn du mich lieb hast, dann schweigst du.“
Der Amtsrat mischte sich ein. „Was soll das heißen?“ zürnte er. „Warum gebieten Sie Ihrem Manne Schweigen?“ Raub stellte er sich zwischen die Eheleute und blieb ungerührt, als die Frau schuchzend nach dem nächsten Stuhl schwanzte und in diesen wie gebrochen niedersank, das Antlitz mit beiden Händen verhängend.
Der Krämer hatte sich wieder seinem Weibe nähern wollen. Nun mußten ihn die Gendarmen gewaltsam zurückhalten. „Bin ich denn ein Verbrecher, daß man mich so behandeln darf?“ rief er, zitternd vor Born und Empörung, und mit überlauter Stimme, fast schreiend, setzte er hinzu: „Weine nicht, Leichen, sei ganz ruhig — kein Wort sage ich mehr, wenn du es nicht willst.“
Dabei blieb er; allen Versuchen des Amtsräters, ihn zum Sprechen zu veranlassen, setzte er trotziges Schweigen entgegen.
Gerade trat auch der Bürgermeister wieder in den Laden; er trug eine Doppelkante in der Hand. „Diese fanden wir im Rauschgang,“ berichtete er. „Sie war so raffiniert hinter dem Holzgestell, das zum Aufhängen der Räucherwaren dient, verborgen, daß wir sie beinahe wieder übersehen hätten.“
Martini nahm die Waffe zur Hand und betrachtete sie. „Wieder solch eine Abschaubbüchse — sie ist augenscheinlich erst vor kurzem benutzt worden. Lauf und Schloß sind noch ganz verschleimt,“ stellte er mit einem durchdringenden Blick auf den Krämer fest. „Nun, was sagen Sie zu diesem Funde?“
Der Befragte schien durch nichts aus der Fassung zu bringen zu sein. „Nichts,“ sagte er kaltblütig.
„Sie stellten doch vorher erst den Besitz eines Gewehres entschieden in Abrede!“
(Fortsetzung folgt.)

